
VDA-Umfrage zeigt schwarzes Loch bei Zulieferern

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) präsentiert heute die Ergebnisse einer Zulieferer-Umfrage zur Corona-Krise. Demnach rechnet jedes zweite befragte Unternehmen damit, dass erst im Jahr 2022 das Vorkrisenniveau wieder erreicht wird, jeder zehnte Zulieferer sogar erst im Jahr 2023. Sechs von zehn Zulieferer-Unternehmen planen außerdem als Folge der Corona-Krise verstärkten Personalabbau.

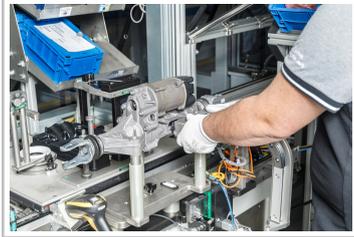
Die Produktion verringert sich: Etwa zwei Drittel der vom VDA befragten Unternehmen geben an, dass die Kapazitäten derzeit nur zu 50 bis 75 Prozent ausgelastet seien. Trotzdem arbeite nur bei etwa einem Viertel der Zulieferer mehr als die Hälfte der Belegschaft kurz. Bei etwa 60 Prozent der Unternehmen gehöre Personalabbau zur Bewältigung der Krise. Fünf bis zehn Prozent sollen in rund der Hälfte der betroffenen Betriebe wegfallen. Etwa ein Drittel aller befragten Unternehmen hat der Umfrage zufolge auch Pläne, mehr als 10 Prozent des Personals abzubauen.

Bereits im Zuge des Transformationsprozesses und damit vor Beginn der Corona-Krise haben rund 40 Prozent der Unternehmen geplant, Teile der Produktion ins Ausland zu verlagern. Über zwei Drittel davon geben nun an, diese Planungen aufgrund der Corona-Krise zu beschleunigen.

Über 80 Prozent der Unternehmen geben darüber hinaus an, dass ihnen zurzeit noch ausreichend Finanzierungsquellen offenstehen und sie sich auch von ihren Hausbanken ausreichend unterstützt fühlen. 20 Prozent der befragten Zulieferer haben Hilfen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds und zehn Prozent Überbrückungshilfen für kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) in Anspruch genommen oder planen dies zu tun. Etwa jedes fünfte Unternehmen (knapp 20 Prozent) gibt überdies an, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen die Liquidität ohne größere Anpassungen nur noch für maximal zwei bis drei Monate gesichert sei.

VDA-Präsidentin Hildegard Müller sprach offen über Lösungen, so sollen "relevante Maßnahmen", wie das Kurzarbeitergeld, verlängert werden. "Politik, Unternehmen und Gewerkschaften müssen jetzt gemeinsam alles tun, um eine Verlagerung der Produktion aus Deutschland und weiteren Stellenabbau infolge von Corona zu verhindern", appelliert Müller. Auf "zusätzliche Belastungen" in den Bereichen "Steuern, Bürokratie oder weitergehende Regulierungen im Bereich Klimapolitik" solle nach Meinung der VDA-Präsidentin verzichtet werden. (ampnet/deg)

Bilder zum Artikel



AKC-Produktion im ZF-Werk Lebring.

Foto: Auto-Medienportal.Net/ZF